



NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

September 2004

www.oekumenisches-netz.de

Liebe LeserInnen,

das zweite Netz-Telegramm in diesem Jahr erscheint zu einer Zeit, in der Hartz IV in aller Munde ist. Kein Wunder also, dass sich die Schwerpunkt-Artikel dieses Rundbriefs um das Thema „Arbeit und Existenzsicherung“ drehen.

Dieses Thema spielt auch eine wichtige Rolle bei der Tagung „Globalisierung im Alltag - Das Ganze verändern!“, zu der Sie eine Einladung in diesem Netz-Telegramm finden. Diese Tagung bildet für das Ökumenische Netz den Auftakt zu einem Konsultationsprozess mit dem Arbeitstitel „Das Ganze verändern“, zu dem alle Mitglieder und interessierten Gruppen mit gesonderter Post noch eingeladen werden.

In der Hoffnung, viele von Ihnen zur Tagung und Mitgliederversammlung am 30. Oktober in Polch begrüßen zu dürfen,

Inhalt

Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen	1
Manifest gegen die Arbeit	2
Einladung	3
Globales Spiel um Knopf und Kragen	4
Hartz IV in Koblenz	6
Presseerklärung des Komitees für Grundrechte und Demokratie	6
Infobrief aus dem Tschad	7
Aus den Sozialforen	8
Neue Kampagnenzeitung von ELAN	9
Nachrichten aus der Region	9
Veranstaltungen in der Region	10
Sozialforum in Deutschland	11

„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“

Gibt es ein Recht auf Existenzsicherung jenseits von Erwerbsarbeit?

VON SABINE FERENSCHILD

Der Arbeitskreis Theologie und Politik des Ökumenischen Netzes trägt mit seinen Diskussionen seit 1992 zur inhaltlichen Entwicklung des Ökumenischen Netzes bei.

Begonnen hat alles mit den Diskussionen um das Jahr 1992 - dem Jahr, in dem sich die Eroberung Amerikas zum 500. Mal jährte. Ein lockerer Arbeitskreis von Menschen aus katholischen und evangelischen Gemeinden unserer Region bereitete eine große Ökumenische Versammlung zu diesem Thema vor. Aus der Versammlung entwickelte sich das Ökumenische Netz Rhein Mosel Saar. Aus dem lockeren Arbeitskreis entstand der nun schon seit 12 Jahren kontinuierlich arbeitende AK Theologie und Politik.

Mehrere Mitglieder des Arbeitskreises sind von Anfang an dabei, ca. die Hälfte der derzeit 12 Mitglieder stieß im Laufe der Jahre hinzu. Charakteristisch für den AK Theologie ist - im Unterschied zu so mancher projektbezogenen Arbeitsgruppe - das „zweckfreie“ Gespräch und Diskutieren. Grundsatzdebatten, oft an tages- oder kirchenpolitischen Fragestellungen aufgehängt, und gemeinsame Lektüre theologischer oder sozialwissenschaftlicher Artikel sind das Steckenpferd der AK-Mitglieder. Ein Steckenpferd, das für viele Ver-

anstaltungen, Kampagnen und Erklärungen des Netzes sehr fruchtbar war.

Aktuell beschäftigt sich der Arbeitskreis, wie kann es angesichts der aktuellen politischen Diskussionen in Deutschland anders sein, mit dem Abbau des Sozialstaats und Hartz IV: Wo wurden sozialstaatliche Sicherungen bereits demonstrierbar? Welche Konsequenzen wird Hartz IV für das Leben vor Ort haben? Aber auch: In welchem Kontext und zu welchem Zweck wurde der Sozialstaat überhaupt erst „erfunden“? In welchem Zusammenhang stehen Sozialabbau bei uns und Verarmung im Süden? Ist der Ruf der Anti-Hartz-Demonstrationen nach ‚sicheren Arbeitsplätzen für alle‘ die richtige Forderung? Bedarf es nicht weitergehender, nationale Grenzen sprengender Forderungen, um zu einer Welt zu kommen, in der eine sichere Existenz für alle Menschen möglich ist? Darf in einer ‚anderen Welt‘ das Überleben der Menschen vom Zugang zu Erwerbsarbeit abhängig gemacht werden?

Das alles sind Fragen, die im AK Theologie zur Zeit diskutiert werden. Im folgenden sind einige Blitzlichter aus dieser Diskussion abgedruckt, die hoffentlich für alle LeserInnen lesenswert sind.

Tabelle 1:: Einkommen und Vermögen - ungleich verteilt.

Monatseinkommen	In % der privaten Haushalte	Anteil am Netto-Gesamtvermögen in %	Absolute Vermögenswerte Ø
Unter 3.835 Euro	93,7%	63%	81.000 Euro
Über 3.835 Euro	7,3%	37%	
Davon:			
Ab 5.113 Euro	2,7%	22%	964.000 Euro

(Quelle: WSI/Hans Böckler Stiftung, 11/2003)

Manifest gegen die Arbeit

GRUPPE KRISIS

Die Herrschaft der toten Arbeit

Ein Leichnam beherrscht die Gesellschaft - der Leichnam der Arbeit. Alle Mächte rund um den Globus haben sich zur Verteidigung dieser Herrschaft verbündet: Der Papst und die Weltbank, Tony Blair und Jörg Haider, Gewerkschaften und Unternehmer, deutsche Ökologen und französische Sozialisten. Sie alle kennen nur eine Parole: Arbeit, Arbeit, Arbeit!

Wer das Denken noch nicht verlernt hat, erkennt unschwer die Bodenlosigkeit dieser Haltung. Denn die von der Arbeit beherrschte Gesellschaft erlebt keine vorübergehende Krise, sie stößt an ihre absolute Schranke. Die Reichtumsproduktion hat sich im Gefolge der mikroelektronischen Revolution immer weiter von der Anwendung menschlicher Arbeitskraft entkoppelt - in einem Ausmaß, das bis vor wenigen Jahrzehnten nur in der Science-fiction vorstellbar war. Niemand kann ernsthaft behaupten, daß dieser Prozeß noch einmal zum Stehen kommt oder gar umgekehrt werden kann. Der Verkauf der Ware Arbeitskraft wird im 21. Jahrhundert genauso aussichtsreich sein wie im 20. Jahrhundert der Verkauf von Postkutschen. Wer aber in dieser Gesellschaft seine Arbeitskraft nicht verkaufen kann, gilt als „überflüssig“ und wird auf der sozialen Müllhalde entsorgt.

Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen! Dieser zynische Grundsatz gilt noch immer - und heute mehr denn je, gerade weil er hoffnungslos obsolet wird. Es ist absurd: Die Gesellschaft war niemals so sehr Arbeitsgesellschaft wie in einer Zeit, in der die Arbeit

überflüssig gemacht wird. Gerade in ihrem Tod entpuppt sich die Arbeit als totalitäre Macht, die keinen anderen Gott neben sich duldet. Bis in die Poren des Alltags und bis in die Psyche hinein bestimmt sie das Denken und Handeln. Es wird kein Aufwand gescheut, um das Leben des Arbeitsgötzen künstlich zu verlängern. Der paranoide Schrei nach „Beschäftigung“ rechtfertigt es, die längst erkannte Zerstörung der Naturgrundlagen sogar noch zu forcieren. Die letzten Hindernisse für die totale Kommerzialisierung aller sozialen Beziehungen dürfen kritiklos hinweggeräumt werden, wenn ein paar elende „Arbeitsplätze“ in Aussicht stehen. Und der Satz, es sei besser, „irgendeine“ Arbeit zu haben als keine, ist zum allgemein abverlangten Glaubensbekenntnis geworden.

Je unübersehbarer es wird, daß die Arbeitsgesellschaft an ihrem definitiven Ende angelangt ist, desto gewaltsamer wird dieses Ende aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt. So unterschiedlich die Methoden der Verdrängung auch sein mögen, sie haben einen gemeinsamen Nenner: Die weltweite Tatsache, daß sich die Arbeit als irrationaler Selbstzweck erweist, der sich selber obsolet gemacht hat, wird mit der Sturheit eines Wahnsystems in das persönliche oder kollektive Versagen von Individuen, Unternehmen oder „Standorten“ umdefiniert. Die objektive Schranke

Jeder muß von seiner Arbeit leben können, heißt der aufgestellte Grundsatz. Das Lebenkönnen ist sonach durch die Arbeit bedingt, und es gibt kein solches Recht, wo die Bedingung nicht erfüllt worden.

Johann Gottlieb Fichte, 1797

der Arbeit soll als subjektives Problem der Herausgefallenen erscheinen.

Gilt den einen die Arbeitslosigkeit als Produkt überzogener Ansprüche, fehlender Leistungsbereitschaft und Flexibilität, so werfen die anderen „ihren“ Managern und Politikern Unfähigkeit, Korruption, Gewinnsucht oder Standortverrat vor. Und schließlich sind sich alle mit Ex-Bundespräsident Roman Herzog einig: Es müsse ein sogenannter „Ruck“ durch das Land gehen, ganz so, als handelte es sich um das Motivationsproblem einer Fußballmannschaft oder einer politischen Sekte. Alle sollen sich „irgendwie“ gewaltig am Riemen reißen, auch wenn der Riemen längst abhanden gekommen ist, und alle sollen „irgendwie“ kräftig anpacken, auch wenn

es gar nichts mehr (oder nur noch Unsinniges) zum Anpacken gibt. Der Subtext dieser unfrohen Botschaft ist unmißverständlich:

Wer trotzdem nicht die Gnade des Arbeitsgötzen findet, ist selber schuld und kann mit gutem Gewissen abgeschrieben oder abgeschoben werden.

Dasselbe Gesetz des Menschenopfers gilt im Weltmaßstab. Ein Land nach dem anderen wird unter den Rädern des ökonomischen Totalitarismus zermalmt und beweist damit immer nur das eine: Es hat sich an den sogenannten Marktgesetzen vergangen. Wer sich nicht bedingungslos und ohne Rücksicht auf Verluste dem blinden Lauf der totalen Konkurrenz „anpaßt“, den bestraft die Logik der Rentabilität. Die Hoffnungsträger von heute sind der Wirtschaftsschrott von morgen. Die herrschenden ökonomischen Psychotiker lassen sich dadurch in ihrer bizarren Welterklärung nicht im geringsten erschüttern. Drei Viertel der Weltbevölkerung sind bereits mehr oder weniger zum sozialen Abfall erklärt worden. Ein „Standort“ nach dem anderen stürzt ab. Nach den desaströsen „Entwicklungsländern“ des Südens und nach der staatskapitalistischen Abteilung der Weltarbeitsgesellschaft im Osten sind die marktwirtschaftlichen Musterschüler Südasiens ebenso im Orkus des Zusammenbruchs verschwunden. Auch in Europa breitet sich längst die soziale Panik aus. Die Ritter von der traurigen Gestalt in Politik und Management aber setzen ihren Kreuzzug im Namen des Arbeitsgötzen nur umso verbissener fort.



Demonstration beim Europäischen Sozialforum 2003 in Paris. Foto: Uli Suppau



Einladung

Das Ökumenische Netz und das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk
ELAN e.V. laden ein zur Tagung

„Globalisierung im Alltag - Das Ganze verändern!“

am Samstag, den 30. Oktober 2004, 10-14h

Ev. Gemeindezentrum Polch, Uhlandstr. 9

Die Tagung ist ein Teil des gemeinsamen Schwerpunktes beider Organisationen, die im Jahr 2004 mehrere Veranstaltungen zum Thema „Globalisierung im Alltag“ durchgeführt haben: Ziel der Tagung ist - neben einer thematischen Einführung - ein erstes Resümee der Arbeit zu ziehen, die gewonnenen Erkenntnisse zu diskutieren und Perspektiven zu entwickeln.

Die Tagung richtet sich an die Mitglieder beider Organisationen, an die Mitwirkenden der bisherigen Veranstaltungen sowie alle am Thema interessierten Menschen und Gruppen.

- 10h „Globalisierung im Alltag“ - Eine Einführung
- 10.30h **Vorstellung ausgewählter Workshop-Ergebnisse**
- ◆ Globalisierung und Bildung / Saarbrücken
 - ◆ Globalisierung im Alltag /Vallendar
 - ◆ Frauen in der Globalisierung / Sinzig
 - ◆ Das Ganze verändern - ein Konsultationsprozess

anschließend Pause

- 12.15h **Diskussion und Auswertung**
- 13.15h **Präsentation der Zwischenergebnisse der Dokumentation**
- Ende: gegen 14h

Im Anschluss an diese Tagung lädt das Ökumenische Netz Rhein Mosel Saar seine Mitglieder und alle, die sich für die Netz-Arbeit interessieren, am gleichen Ort ein zu seiner

Mitgliederversammlung

Folgende Punkte stehen auf der Tagesordnung:

1. Berichte (Finanzbericht, politischer Bericht)
2. Wahlen zum Geschäftsführenden und Erweiterten Vorstand sowie des Kassenprüfers
3. Konsultationsprozess „Das Ganze verändern!“
4. Verschiedenes (Termine der Netzversammlungen 2005,...)

Wegbeschreibung zum Ev. Gemeindezentrum Polch

Mit der Bahn

Anreise bis Koblenz Hbf. bis 9.15h, von dort organisieren wir einen Abholdienst (bitte bei der Anmeldung mitteilen, ob Sie den Abholdienst benötigen)

Mit dem PKW

A 48 Abfahrt Polch

- ◆ Am Ende der Abfahrt links Richtung Polch
- ◆ Durch 2 Verkehrskreisel hindurch weiter Richtung Polch
- ◆ Nach 2 Unterführungen am Ortseingang macht die Vorfahrtsstraße eine scharfe Biegung nach rechts.
- ◆ Dort links abbiegen in die Straße Am Bahnhof (Kopfsteinpflaster), nach der scharfen Rechtskurve die 4. Straße rechts abbiegen in die Uhlandstr.
- ◆ Nach der Kreuzung der Lessingstraße ist das erste Gebäude auf der rechten Seite das Gemeindezentrum, Uhlandstraße 9

Anmeldung bitte bis zum 25.10.2004 an das Büro des Ökumenischen Netzes:

Pfarrer-Werner-Mörchen Str. 1

56564 Neuwied

Tel.: (0 26 31) 35 41- 40

Fax: - 41

E-Mail: oekumenisches.netz@t-online.de

Teilnahmebeitrag:

10,- Euro (ermäßigt: 8,-Euro); bitte bei der Tagung bezahlen!



Ende 2004 läuft das Welttextilabkommen der Welthandelsorganisation (WTO) aus und die Mengenbeschränkungen (Quoten) fallen weg, die den internationalen Textil- und Bekleidungshandel in den letzten Jahrzehnten geprägt haben. Durch diese Liberalisierung werden vor allem in armen Staaten Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Mit den Folgen dieser Entwicklung setzt sich eine von SÜDWIND und dem Ökumenischen Netz herausgegebene neue Studie auseinander und stellt einzelne Länderbeispiele (China, Indonesien, Kambodscha und die EU) sowie Handlungsoptionen vor.

„Armut trotz Arbeit“ - ein Phänomen, das bei uns im Norden durch den wachsenden Niedriglohnssektor wahrscheinlich zunehmen wird - ist in der globalen Textil- und Bekleidungsindustrie längst Realität für die Mehrheit der ArbeiterInnen. Damit ist die Textil- und Bekleidungsindustrie geradezu ein Paradebeispiel für die Widersprüchlichkeiten und die Entwicklungssackgasse, zu denen die neoliberale Globalisierung führt:

Miserable Arbeitsbedingungen und niedrigste Löhne gelten seit langem als Markenzeichen der globalen Textil- und Bekleidungsproduktion. Betriebe, die von einem Land zum nächsten ziehen auf der Suche nach immer billigeren Produktionsorten; zurückbleibende Arbeiterinnen, die von heute auf morgen ihren Arbeitsplatz verlieren - dies alles klingt so sehr nach Freihandelslogik, dass die seit Jahrzehnten andauernde Regulierung und Begrenzung des Textil- und Bekleidungshandels kaum vorstellbar ist. Und doch stellen intensive Bemühungen der Industrieländer um Begrenzung der Textil- und Bekleidungsimporte aus den Entwicklungsländern seit fünfzig Jahren den Alltag im Textil- und Bekleidungsgeschäft dar.

Vom Multifaserabkommen zum Welttextilabkommen

Dabei lauteten die weltpolitischen Vorzeichen vor 50 Jahren noch ganz anders: Nach dem 2. Weltkrieg schienen vor allem die USA mit einem Anteil von 50% an der Weltproduktion eher auf die Karte „Freihandel“ zu setzen. Dementsprechend forcierten sie den Abschluss des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade / Allgemeines Zoll und Handelsabkommen) im Jahr 1948 - mit dem zen-

Globales Spiel um Knopf und Kragen

Arbeit und Existenzsicherung nach dem Ende des Welttextilabkommens

VON SABINE FERENSCHILD

tralen Ziel der fortschreitenden Handelsliberalisierung: Mengenbeschränkungen wurden verboten, Zölle sollten schrittweise abgebaut werden u.a.m. Doch schon Anfang der 50er Jahre setzten preiswerte Textil- und Bekleidungsimporte aus Japan und Hongkong die westlichen Industrien, vor allem die der USA, unter Druck - und prompt verhandelten die westlichen Regierungen mit den Exportländern wegen freiwilliger Mengenbegrenzungen für einen festgelegten Zeitraum. Die westlichen Regierungen wollten so ihre heimische Textil- und Bekleidungsindustrie mit ihren mehrere Millionen ArbeiterInnen umfassenden Belegschaften schützen und den Unternehmen einen Anpassungszeitraum an veränderte Wettbewerbsbedingungen ermöglichen.

Diese freiwilligen bilateralen Abkommen führten zwar zur Begrenzung der Exporte Japans und Hongkongs, bildeten aber zugleich den Anlass für Unternehmer der betreffenden Länder, ihre Produktion ins nahe gelegene Ausland zu verlagern und von dort aus in die nördlichen Zentren zu exportieren.

Aus einem Instrument zur Mengenbegrenzung entwickelte sich so ein Anschlag für die Globalisierung der Produktion.

Die Abkommen der folgenden Jahrzehnte, das Baumwollabkommen in den 1960ern und das Multifaserabkommen in den 1970ern und 1980ern, verstärkten diesen Internatio-

nalierungsschub. Die Textil- und Bekleidungsindustrie wurde zu der globalisierten Industrie überhaupt mit ca. 160 Produktionsländern.

Doch ungeachtet dieser Auswirkungen hielten die Industrieländer bis in die Gründungsphase der Welthandelsorganisation (WTO) zu Beginn der 1990er an ihren Forderungen nach Mengenbegrenzungen im Textil- und Bekleidungshandel fest. Forderten sie auf der einen Seite weitreichende Zugeständnisse von den Entwicklungsländern in Fragen der Liberalisierung z.B. im Dienstleistungssektor, so handelten sie auf der anderen Seite mit dem Welttextilabkommen eine weitere 10jährige „Schonfrist“ für ihre eigene Textil- und Bekleidungsindustrie aus.

Die Widersprüchlichkeit im Globalisierungsprozess wird hier sehr deutlich: Die Nationalstaaten agieren nach dem Motto „Ich will die Bereiche global liberalisieren, in denen ich stark / wettbewerbsfähig bin; meine schwachen Sektoren aber sollen vor der globalen Konkurrenz geschützt bleiben.“ „Schutz“ darf dabei nicht gleichgesetzt werden mit „Erhaltung von Arbeitsplätzen“. Der jahrzehntelange „Schutz“ der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie hat z.B. nicht primär zum Erhalt der Arbeitsplätze beigetragen (von ca. 1 Million in Westdeutschland in den 1970ern sank die Anzahl auf ca. 180.000 im vereinigten Deutschland zu

Die Kampagne für Saubere Kleidung fordert „Play Fair“ bei den Olympischen Spielen 2004 in Athen. Foto: CCC



Beginn des 21. Jahrhunderts), wohl aber zu enormen Produktivitätssteigerungen und Innovationen im Bereich technischer Textilien.

Was regelt das Welttextilabkommen?

Mit der Gründung der WTO am 1.1.1995 trat für die Dauer von 10 Jahren das Welttextilabkommen in Kraft. Dieser eingebaute „Countdown“ macht das Welttextilabkommen im Konzert der anderen, zeitlich unbefristeten WTO-Abkommen relativ einzigartig.

Das Welttextilabkommen gilt für alle Produkte der Textil- und Bekleidungsbranche (Garne, Stoffe, textile Produkte, Bekleidung), die im Rahmen des Multifaserabkommens, des Vorläufervertrags, von mindestens einem Importland quotiert waren.

Die ca. 800 Produktkategorien, so legt das Welttextilabkommen verbindlich und einheitlich fest, müssen in vier Stufen in einem Zeitraum von 10 Jahren vollständig liberalisiert werden. Welches Produkt in welcher Stufe liberalisiert wird, entscheidet das Importland.

Verfehlt Ziele

Das Ziel des Welttextilabkommens, in einer zehnjährigen Übergangsperiode für Abnehmer- und Lieferländer einen Anpassungszeitraum zu schaffen, wurde durch mehrere Entwicklungen konterkariert:

◆ Die großen Märkte wie die USA und die EU, die ihre eigenen Industrien durch handelsbegrenzende Quoten seit Jahrzehnten schützen, bauten diese zwar im Einklang mit dem Integrationsschema ab, allerdings immer erst am Ende des vorgesehenen Zeitraums und vor allem in den Bereichen mit der geringsten Wertschöpfung. So sah z.B. der Liberalisierungsplan der USA für 70% der wertmäßigen Importe den Quotenwegfall erst für Ende 2004 vor. Die „Liberalisierungsgewinne“, die den Entwicklungsländern bei Unterzeichnung des Welttextilabkommens in Aussicht gestellt wurden, waren so verschwindend gering.

◆ Sozusagen „im Schatten“ des Welttextilabkommens profitierten kleinere Entwicklungsländer wie Bangladesch, Sri Lanka, Vietnam oder Mauritius von den Begrenzungen der Exporte ihrer größeren, wettbewerbsstärkeren Konkurrenten wie China und Indien. Sie bauten unter dem Schutz der Quoten ihre Textil- und Bekleidungsindustrie aus, nutzten die

se als „Einstiegs-Industrie“ im Industrialisierungsprozess und werden ab 2005 voraussichtlich enorme Einbußen erleiden.

◆ In den letzten Jahren setzen sowohl EU als auch USA verstärkt auf bilaterale Handelsabkommen und selektive Maßnahmen und etablieren damit innerhalb des WTO-Rahmens ein Regime des Teilens und Herrschens. Das bedeutet, dass beide durch spezielle Präferenzen wie Zollsenkungen bei Einhaltung bestimmter Ursprungsregeln, aber auch Anti-Dumping-Maßnahmen bei Gefahr „massiver Marktstörungen“ die textilen Warenströme zu kontrollieren versuchen. Diese Politik wird angesichts des näher rückenden Jahres 2005 ausgebaut.

Alles drängt nach China

Wie in vielen anderen Wirtschaftsbereichen auch konzentriert sich ein wachsender Anteil der Textil- und Bekleidungsproduktion in China. Niedrige Produktionskosten, vollständiger Produktionszyklus bei steigender Produktivität und günstige Investitionsbedingungen in den zahlreichen Sonderwirtschaftszonen ließen Chinas Anteil am Textil- und Bekleidungshandel in den letzten Jahren in die Höhe schnellen: 2002 bereits betrug der Weltanteil Chinas an Bekleidungsexporten 20,6%, an Textilexporten 13,5%. Es wird erwartet, dass ab 2005 der chinesische Anteil innerhalb weniger Jahre um 150% wächst und China bald 50% der Weltexporte abdecken könnte.

Das enorme Wachstumspotenzial Chinas führte zu einer besonderen Einengung durch das Quotensystem des Welttextilabkommens - und zu einem besonderen Anreiz für chinesische Unternehmen, einen Teil vom „Quotenkuchen“ zu ergattern. Um von den chinesischen Behörden (Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit MOFTEC und Kammer für Ex- und Import von Textilien und Bekleidung) Quotenrechte zu erhalten, mussten die Unternehmen einen Quotenpreis an die Behörden entrichten, der zwar offiziell nicht verfügbar ist, jedoch per Internet auf einem illegalen Sekundärmarkt gehandelt wird. Die Quotenpreise verteuerten bisher die chinesischen Exporte. Wenn diese Anfang 2005 wegfallen, sprich chinesische Textil- und Bekleidungsprodukte auf dem Weltmarkt noch preiswerter werden, wird dies allein voraussichtlich zu einem Staubsaugereffekt in Richtung China führen.

Ob mit Quote oder ohne: Die ArbeiterInnen haben bisher zu den VerliererInnen im Glo-

balisierungsprozess gehört. Zwar entstanden mit der Globalisierung der Textil- und Bekleidungsindustrie in vielen Ländern beeindruckend viele reguläre Arbeitsplätze (per Arbeitsvertrag geregelt und unbefristet) gerade für Frauen, doch gelten Arbeits- und Sozialstandards in der Regel nicht viel bzw. nichts. Die vielen urgent actions der internationalen CCC belegen dies Jahr für Jahr.

Und die Arbeitsbedingungen?

Der soziale Wettlauf nach unten wird nach dem Ende des Welttextilabkommens unvermindert weitergehen. Zu groß ist das Heer der Menschen, das weltweit - angesichts zerstörter alternativer Existenzformen - auf den Erwerbsarbeitsmarkt drängt. Allein in China suchen 170 Millionen Menschen, die in der Landwirtschaft und im Staatssektor keine Existenzsicherung mehr finden, einen Arbeitsplatz. Die boomende Industrie nimmt zwar viele Arbeitsuchende auf, beginnt aber bereits - bedingt durch den Produktivitätswettlauf - Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Auch für die scheinbaren Liberalisierungsgewinner nach Ende des Welttextilabkommens gilt deshalb: Die Arbeit bricht weg und die verbliebene Arbeit wird verdichtet und beschleunigt.

Bezug der Broschüre „Globales Spiel um Knopf und Kragen“ zum Preis von 7 Euro, ab 10 Expl. 6,50 Euro, ab 50 Expl. 5,50 Euro bei

SÜDWIND

Lindenstraße 58 - 60

53721 Siegburg

E-Mail: buero@suedwind-institut.de



Hartz IV in Koblenz

VON GABI WEBER

Am 31.12.2003 gab es in der Stadt Koblenz 1.777 BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe. Im Bereich der Agentur für Arbeit Koblenz waren es insgesamt 4.267.

Wie der Staatssekretär Andres aus dem BMWA mitgeteilt hat ist davon auszugehen, dass zukünftig 20% der Arbeitslosenhilfebezieher keine Leistung mehr erhalten werden. Für die Stadt Koblenz würde dies bedeuten:

- ◆ 355 Personen werden voraussichtlich ohne Leistung bleiben.
- ◆ 51 % werden weniger als vorher haben, das sind 906 Personen.
- ◆ 11% werden gleiche Leistungen haben (195 Personen) und
- ◆ 18% werden eine höhere Leistung erhalten. (320 Personen).

Interessant dabei ist, dass von den 1.777 Menschen mit Anspruch derzeit 461 Frauen sind. Es kann als recht sicher gelten, dass der größte Teil derjenigen, die nichts mehr bekommen, verheiratete Frauen sind, da sie nicht als bedürftig gelten solange ihr Partner Geld verdient.

Die Schätzung der BA geht davon aus, dass von den 4.267 Arbeitslosenhilfe-BezieherInnen im Bereich der Agentur Koblenz zukünftig 3.525 Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben werden. Das wären knapp 83%. Etwas mehr als 17% der derzeitigen EmpfängerInnen würden damit von der Leistungsliste gestrichen. Es handelt sich bei diesen Leistungskürzungen um Geld, das von den Menschen derzeit noch direkt für Lebensmittel, Kleidung, Miete, Heizkosten, Strom, Gas u.a. ausgegeben wird. Dieses Geld wird dem lokalen Handel und allen anderen im Konsum ab 2005 fehlen.

Außerdem: In Zukunft wird es bei der Berechnung der Personen, die Arbeitslosengeld II bekommen, um sogenannte „Bedarfsgemeinschaften“ gehen. Für die Arbeitsagentur Koblenz geht man von insgesamt 6.766 Bedarfsgemeinschaften mit Anspruch auf Arbeitslosengeld II aus. Das sind 14.160 betroffene Menschen, die als Erwerbsfähige gelten.

Gaby Weber arbeitet beim DGB Koblenz und trug diese Zahlen beim Koblenzer Sozialforum vor.

Tabelle 2: Das "Vermögen" der Arbeitslosen

Zum 1. Januar 2003 hatten 70% aller Arbeitslosenhaushalte in Westdeutschland und 80% aller Arbeitslosenhaushalte in Ostdeutschland ein "Vermögen", so das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln. Im Westen lag das Vermögen bei durchschnittlich 23.000 Euro, im Osten im Schnitt bei 12.200 Euro.

Wie bei den hohen Einkommen (s. Tabelle 1), so ist dieses Vermögen allerdings ungleich verteilt:

Geldvermögen	Deutschland	
	West	Ost
Unter 2.500 Euro	45,0 %	37,6 %
2.500 bis 5.000 Euro	5,9 %	16,1 %
5.000 bis 10.000 Euro	10,5 %	12,9 %
10.000 bis 25.000 Euro	13,6 %	18,9 %
25.000 bis 50.000 Euro	10,5 %	9,2 %
50.000 bis 100.000 Euro	8,8 %	4,1 %
100.000 und mehr	5,7 %	1,2 %

(Nettogeldvermögen nach Abzug von Kreditschulden; Stand: 2003, Quelle: www.iw-koeln.de)

Nicht die Rettungsaktion der „Cap Anamur“ steht zur Debatte, sondern das europäische Migrationsregime, das für tausendfachen Tod verantwortlich ist.

Dirk Vogelskamp

Aus einer Presseerklärung des Komitees für Grundrechte und Demokratie vom 14.7.04

Statt den menschenrechtlichen Skandal, den die tödlichen Folgen der „Festung Europa“ darstellen, zu thematisieren, wird inzwischen den Verantwortlichen der „Cap Anamur“ von etlichen Seiten vorgeworfen, eine Hilfsaktion initiiert und zur Selbstdarstellung instrumentalisiert zu haben.

Das ist jedoch leicht als ein politisches Manöver all derjenigen zu entlarven, die in den letzten Jahren die „entschlossene Bekämpfung der illegalen und unkontrollierten Immigration“ zum verbindenden Moment einer europäischen Einwanderungspolitik erklärt, die Grenzen abgeschottet und dabei jegliches menschenrechtliche Maß, wie mit den „unerwünschten Einwanderern“ umzugehen sei, aus den Augen verloren haben. Flüchtlinge und Migranten, die sich europawärts aufmachen, werden einem repressiven Migrationsregime unterworfen, das aus Kontrollen, Aussonderung, Einsperrung, Lager und Tod besteht.

Das Mittelmeer markiert dabei die vielfach todbringende Grenze zwischen den Zonen der Gewaltsamkeit, der tödlichen Armut und denen des Wohlstands, zwischen wohlständigem Leben und elendigem Tod. Nicht die Rettung von schiffbrüchigen Emigranten, die sich in diesem militärisch überwachten Grenzraum auf der Suche nach Zukunftsperspektiven, Überleben und Schutz nach Europa aufgemacht haben, ist in irgend einer Weise verwerflich, sondern menschenrechtlich allein jene europäische Migrationspolitik, die bislang Tausenden von Einwanderern das Leben gekostet hat (das Netzwerk United hat seit 1993 den Tod von über 4.500 Flüchtlingen und Migranten an den europäischen Außengrenzen dokumentiert). Eine Migrationspolitik, die im wesentlichen auf Abwehr und Kontrolle von Wanderungsbewegungen möglichst weit im Vorfeld der europäischen Wohlstandsgrenzen ausgerichtet ist - unter Inkaufnahme unzähliger menschlicher Opfer.

www.grundrechtekomitee.de



Foto: Elke Wetzlig

Infobrief aus dem Tschad

von Anne Lonsdorfer

Bongor, Mai 2004

Liebe Verwandte, Freunde und Bekannte in Deutschland,

heute sende ich euch allen einen ganz herzlichen Gruß aus Bongor, wo ich nun schon fast vier Monate lebe und arbeite.

Bongor - mit 42.000 Einwohnern - nach N'Djamena, Moundou und Sarh die viertgrößte Stadt im Land - ist ein Sammelbecken für Menschen verschiedener Stämme und Religionen sowie Umschlagplatz zwischen Nord und Süd.

Die Sprache des Marktes ist das Tschad-Arabisch, die offizielle Sprache Französisch. Die meisten Einwohner der Stadt können sich in mehreren Sprachen unterhalten.

Kürzlich besuchte ich eine „Soirée au village“, einen Spieleabend, der von Jugendlichen gestaltet wurde. Eine Aufgabe bestand darin, sich seiner Muttersprache zu unterhalten. Gewonnen hat der, der in 5 Minuten kein Wort einer anderen Sprache gebrauchte.

Die durch Bongor führende asphaltierte Nord-Südstraße macht am Markt einen Bogen von 90 Grad. Dieser Bereich bildet den Mittelpunkt des Handels, Umschlagplatz nach Kamerun und Zentrum für Prostitution, Schwarzhandel und Migration. Alle anderen Straßen der Stadt sind holprige Sandwege, in denen schon nach dem ersten Regen das Wasser steht.

In der Stadt gibt es Brunnen, an denen man sauberes Wasser kaufen kann, aber es gibt weder Elektrizität, noch Kanalisation, noch Müllabfuhr. Ziegen, Schafe, Hühner und Schweine gehören ebenso selbstverständlich zum Straßenbild wie kleine Kinder, Schüler in blauer Schuluniform, Motorradtaxis in gelben Überwürfen, Holz und Kinder tragende Frauen und sich ausruhende Männer.

Tschad und Erdöl

Im Februar habe ich an einer Tagung des „Comité Justice et Paix“ teilgenommen, auf der Mitglieder aus drei Diözesen über Probleme des Erdölprojektes Tschad - Kamerun diskutierten. Im Oktober 2003 wurde die Erdölförderung unter internationaler Teilnahme in der Region Doba im Süden des Landes offiziell eröffnet. Erste Zahlungen seitens des Konsortiums an die Regierung des

Tschads sind erfolgt. Allerdings bestehen erhebliche Zweifel, ob die vereinbarten Klauseln zur konkreten, die Armut dämpfenden und damit die soziale und gesundheitliche Entwicklung fördernden finanziellen Anteile in die entsprechenden Kassen fließen. Das ist eine Bedingung, die auf Druck der Zivilgesellschaft mit der Weltbank ausgehandelt, aber später nicht mehr eingehalten wurde. Diese Fragen betreffen uns hier in Bongor ganz besonders, weil neben dem Becken von Doba das Becken von Bongor eines der 5 Erdölgebiete im Tschad ist, und wahrscheinlich im nächsten Jahr die Erschließung beginnen wird.

Die Erfahrungen von Doba zeigen mehr negative Folgen als Gewinn für die Bevölkerung: Umweltzerstörung, Migration, Aids, eine übergroße Macht der Ölgesellschaft gegenüber den Bauern, die sich in Umsiedlungen ganzer Dörfer und mangelnden Entschädigungszahlungen zeigt.

In Bongor wurden im März 04 mehr als 700 junge Männer als Wärter für die Erdölfirma ausgebildet. Die Kosten für die Ausbildung von 35.000 CFA, ungefähr 50 Euro, ein halbes Monatsgehalt unserer Angestellten, mussten die Auszubildenden selber bezahlen. Für Jeden war es viel Geld. Wer an den Einnahmen (ca. 30.000 Euro) und den jungen Leuten verdient hat, weiß man nicht. Viele von ihnen sind aber immer noch in der Stadt



Fotos: Jutta Behn

und immer noch arbeitslos, aber noch hoffnungsvoll? (...)

Übrigens weisen die Bischöfe in ihrem Hirtenbrief auf die veränderte und nicht ungefährliche außenpolitische Situation des Landes hin. Die Truppen des Tschad haben an einem Putsch in Zentralafrika teilgenommen und sind immer noch an den südlichen Grenzen stationiert. Die Grenzen nach dem Sudan sind durch die dortigen Konflikte unsicher und in den Flüchtlingscamps im Tschad leben mehr als 750 000 Menschen unter katastrophalen Umständen. Auch hier spielt das Ölgeschäft eine der Hintergrundrollen im Konflikt.

Konkret: Umsetzungen zu Aids

Mit Irma, einer mexikanischen Krankenschwester, und Sergio, einem Priester aus Italien, plane ich eine Ausbildung nach der Regenzeit für Männer und Frauen, die Aidskranke und ihre Familien zuhause begleiten wollen. Bei uns fühlt man sich vielleicht an einen Hospizkurs erinnert, es geht um Kenntnisse zu der Krankheit, aber auch um psychologische Kenntnisse über die Phasen einer Krankheit am Ende des Lebens und konkreter häuslicher Krankenpflege. Meine Idee ist, mit diesen ausgebildeten Kräften eine Struktur zur psychosozialen Unterstützung der Familien aufzubauen, wie sie ähnlich in Pala, dem Bischofssitz der Diözese, schon existiert. Die Ausbildung werde ich von den Geldern finanzieren, die ich bei meiner Ausreise bekommen habe. Für den Aufbau einer regelmäßigen Unterstützung der Familien der Aidskranken, und später auch der Aidsweisen, wird das Projekt auf Unterstützung von außen angewiesen sein.

„Sensibilisierung zum Thema Aids ohne anschließende Behandlung mit Medikamenten ist wie eine Aufklärung zum Thema Diabetis ohne Insulin“ sagte Lydia Kersch, eine Ärztin aus der Diözese Trier bei meinem Besuch in Sarh. In dem maroden System des Tschad ist es schwierig, die entsprechenden Medikamente zur Verfügung zu haben. Im Krankenhaus in Bongor ist man stolz, dass man jetzt die kostenfreien HIV Tests durchführen kann, aber die unbedingt notwendige Vorbereitung ist noch nicht gesichert, weil es keine Räumlichkeiten gibt. Zur weiteren Behandlung müssen die positiv getesteten Personen nach N'Djamena (zusätzliche Reise- und Übernachtungskosten!), weil das notwendige Gerät zu einer Blutanalyse hier in Bongor fehlt.

Die ARV, AntiRetroVirale Medikamente, werden monatlich in N'Djamena ausgegeben und kosten immer noch 15.000 CFA, ungefähr 23 Euro, viel zuviel für den armen Bauern von Bongor. Auch hier ist auf Dauer eine konkrete Hilfe und Unterstützung der Betroffenen sinnvoll, notwendig und möglich, z.B. durch eine Subvention der ARV.

Soweit einige Reflexionen und Eindrücke aus Bongor. Sie sind unvollständig, geben aber ein wenig meine Erfahrungen wieder.

Ich wünsche Euch und Ihnen alles Gute und grüße alle ganz herzlich!

Anne Lonsdorfer,

Mission catholique, Bongor, Tchad

Impressum:

Netz-Telegramm September 2004

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Sabine Ferenschild, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes, Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied, Tel. (0 26 31) 35 41 40, e-mail: oekumenisches.netz@t-online.de

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz, Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse des ABP und aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750 September 2004

Layout: Elke Wetzig, Köln

Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

FOREN · AUS DEN SOZIALFOREN · AUS DEN

Sozialforum Saar



Das Sozialforum Saar will über seine Gruppen und Personen die Montagsdemos in Saarbrücken unterstützen.

Das Sozialforum Saar, das sich im Oktober 2003 gegründet hat, will im Sinne des Weltsozialforums wirken und regionale Aktivitäten initiieren und mit unterstützen.

Ziel des Sozialforums ist es, die durch die neoliberale Politik hervorgerufenen Veränderungen im sozialen Bereich

1. zu dokumentieren und diskutieren
2. an die Öffentlichkeit zu bringen
3. den Widerstand mit zu organisieren

So soll ein Forum geschaffen werden, in dem Menschen und Gruppen mit ganz unterschiedlichen Ansätzen, Hintergründen und

Erfahrungen gemeinsam diskutieren, nach Lösungen suchen und Aktionen planen.

Wir wollen aufzeigen, dass das, was unter dem Stichwort Globalisierung geschieht, auch die Kommunen und die Landesebene betrifft. Unsere Veranstaltungen stellen den von der Politik als unvermeidlich dargestellten Prozess der Privatisierung von Gemeinschaftsaufgaben in Frage.

Am Mittwoch dem 6. Oktober 2004 um 18.00 Uhr laden wir ein zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem Titel:

„Hartz IV und wir - Protest und Alternativen“

Veranstaltungsort: Bildungs- und Begegnungshaus des Bistums Trier in Saarbrücken Ursulinenstr.67 (letztes Haus, Parkmöglichkeiten vorhanden)

Kontakt:

Sozialforum Saar

c/o Waltraud Andruet, Tel. 06838/82220

E-Mail: waltraud_andruet@t-online.de

KAB Saar: Arthur Biesalski

Tel. 0681 9068-111

Sozialforum Westpfalz

Das Sozialforum Westpfalz hat zwei Arbeitsgruppen eingerichtet, die arbeitsteilig und auch gemeinsam arbeiten werden.

1. Haupt-Ausrichtung der einen Gruppe ist die praktische Solidarität mit allen, die vom Sozialabbau direkt betroffen/gefährdet sind. Dringliche Themen sind hier insbesondere das Arbeitslosengeld II bzw. Hartz IV.

Ansprechpartner:

Achim Müller und Hans Sander

2. Die andere Gruppe zielt darauf,

- einerseits das bestehende System mit seinen Globalisierungs- und Sozialabbau-Effekten in der Region und weltweit zu analysieren, kritisieren und darüber aufzuklären

- andererseits auch Visionen und Wege in eine bessere Zukunft zu finden.

Ansprechpartner:

Thomas Hohnerlein und Christel Buchinger.

Kontakt: www.sozialforum-westpfalz.de

Nimm Platz am Tisch

Nimm Platz am Tisch, du hast in doch gedeckt.

Von heute ab wird auch die das Kleid tragen, die es genäht hat.

*Heute, Mittag um zwölf Uhr
Beginnt das goldene Zeitalter.*

Wir fangen es an aus der Erwähnung heraus

Daß ihr es müd seid, Häuser zu bauen und Nicht darin zu wohnen. Wir glauben Ihr wollt jetzt das Brot essen, das ihr gebacken habt.

Mutter, dein Sohn soll essen.

Der Krieg ist abgesagt worden. Wir dachten So sei es dir recht. Warum, fragten wir uns Das goldene Zeitalter noch aufschieben?

Wir leben nicht ewig.

Bertolt Brecht



**Zeitung zur Globalisierung
Entwicklungspolitisches
Landesnetzwerk Rheinland
Pfalz (ELAN)**

Wie im Süden so im Norden

Die neue Kampagnenzeitung von ELAN ist erschienen!

Die soziale Lage vieler Menschen im Süden wird immer dramatischer. Aber auch im Norden, bei uns, spüren sich die sozialen Probleme an. Diese Probleme finden nicht unabhängig voneinander statt, sondern bilden eine gemeinsame Lage.

Der Anfang wurde im Süden gemacht... Im Süden reformiert Arbeit und Kreditgeber zu. Zahlreiche Unternehmen sind für viele zu einem unerschwinglichen Gut. Gesundheits- und Bildungssysteme werden abgebaut. Arbeitsplätze werden nicht überall im Norden. Staatliche Strukturen werden zusammengebrochen. Diese Prozesse tragen zur Verschärfung sozialer Probleme bei.



Gegen Portokosten kann sie kostenlos im ELAN-Büro bestellt werden

ELAN e.V.
Kaiser-Wilhelm-Ring 2
55118 Mainz

Telefon (0 61 31) 9 72 08-67
Telefax -69

E-Mail: elan-rlp@t-online.de
Web: www.elan-rlp.de

IN DER REGION · NACHRICHTEN AUS DER REGION · NACHRICHTEN

„Bibel in gerechter Sprache“

Eine Gruppe von Theologinnen und Theologen erarbeitet eine neue Bibelübersetzung, in der antijudaistische und frauenfeindliche Tendenzen nicht mehr vorkommen. Vieles in der Bibel, speziell in den Paulusbriefen, bekommt so einen anderen Klang und eine andere Bedeutung. Durch die Vermeidung missverständlicher Übersetzungen kann so ein besseres Bibelverständnis entstehen.

Wer Interesse an diesem Projekt hat und sich weiter informieren möchte, kann sich an Jutta Lehnert (Pastoralreferentin Bendorf) wenden, die in diesem Projekt mitarbeitet.

Ökumenische Flüchtlingshilfe Rhein-Ahr e.V.

Die Ökumenische Flüchtlingshilfe Rhein-Ahr e. V. bietet neben der Betreuung und Interessenvertretung für Flüchtlinge auch regelmäßige und fortlaufende Integrationskurse für Asylbewerber in Bad Neuenahr und Bad Breisig an.

Informationen:
Pfarrer Klaus Neufang, Tel.: 02642/995983

Gewalt überwinden

So heißt eine neue Arbeitshilfe des GMÖ Mittelrhein Lahn zur Dekade zur Überwindung der Gewalt. Mit Materialien, Spielen und einem Gottesdienst kann die Arbeitshilfe den Einstieg in die Dekade im Rahmen der Jugend- und KonfirmandInnenarbeit erleichtern.

Bezug: gmoewied@oikoumene.de



Tag der Entwicklungspolitik auf der Landesgartenschau

Ein Programm mit Musik, Tanz und Akrobatik aus Lateinamerika und Afrika.

Gespräche rund um das Thema Entwicklungszusammenarbeit stehen im Mittelpunkt auf den Bühnen Lotto Forum und Kirchengarten. Mit auf dem Podium diskutieren die Geschäftsführer der Fairhandelsorganisationen El Puente und gepa sowie der ehemalige Top-Aldi-Manager Dieter Brandes.

Auf einem Markt der Begegnung und Möglichkeiten gibt es Informationen über die entwicklungspolitische Arbeit rheinland-pfälzischer Nichtregierungsorganisationen.

Weitere Informationen und das Tagesprogramm erhalten Sie beim Veranstalter:

ELAN e.V.
Kaiser-Wilhelm-Ring 2
55118 Mainz
Tel. 06131-9720867 oder

E-Mail: elan-rlp@t-online.de

Oktober

Samstag, 2.10.04, 10-16h, KHG Koblenz, Rheinau 12

Regionaltreffen der Weltläden der Region Koblenz

Kontakt: Martin Klupsch / Gruppenberater, Tel.: (02 28) 69 70 52

Mo., 4.10.04, 9-12h, Ev. Schulreferat Koblenz, Mainzer Str. 81

Arbeitskreis Theologie und Politik des Ökumenischen Netzes

Infos: Netzbüro, Tel.: (0 26 31) 35 41 40

Di., 5.10., 20h, Weltladen der AGF, Pfützenstr. 1, Trier

Die „Matrix“ und andere „Unwahrscheinlichkeiten“. Wie Ereignisse wahrgenommen und verarbeitet werden - am Beispiel des G8-Gipfels in Genua 2001 und anderer Ereignisse

Impuls: Kathrin Baumeister

Mi., 6.10.04, 18h, Saarbrücken, Bildungs- und Begegnungshaus, Ursulinenstr. 67

Hartz IV und wir - Proteste und Alternativen

Sozialforum Saar

Infos: W. Andruet, Tel.: 06838/82220

E-Mail: waltraud_andruet@t-online.de

Do., 7.10.04, 14-18h, Siegburg

„Globales Spiel um Knopf und Kragen“ - Schulung zum Ende des Welttextilabkommens

Veranstalter: Ökumenisches Netz, Institut Südwind

Infos: Netzbüro, Tel.: (0 26 31) 35 41 40

Samstag, 9.10.2004, 10.15h-17.30h, Trier

Tag der Entwicklungspolitik auf der Landesgartenschau

Ein Programm mit Musik, Tanz und Akrobatik aus Lateinamerika und Afrika.

Weitere Informationen und das Tagesprogramm erhalten Sie beim Veranstalter:

ELAN e.V.

Kaiser-Wilhelm-Ring 2

55118 Mainz

Tel. 06131-9720867 oder

E-Mail: elan-rlp@t-online.de

14.-17.10.2004, London

3. Europäisches Sozialforum

Mo., 19.10.04, 18h, Caritas-Begegnungszentrum („Marienheim“), Kennelstrasse 7, Kaiserslautern

Sozialforum Westpfalz

Treffen des Plenums

Infos: www.sozialforum-westpfalz.de.tt

Sa., 30.10.04, 10-14h, Ev. Gemeindezentrum Polch

„Globalisierung im Alltag“ - Tagung des Ökumenischen Netzes

anschl. ab 15.00 h Mitgliederversammlung des Ökumenischen Netzes am gleichen Ort

Infos: Netzbüro, Tel.: (0 26 31) 35 41 40

November

Di., 2.11.04, 20h, Weltladen der AGF, Pfützenstr. 1 / Trier

Was ist neu an „neuen Kriegen“?

Politik im Weltladen

Impuls: Thomas Kupczik

Donnerstag, 18.11., 20h, Remagen, Fachhochschule

attac: „Es ist genug für alle da!“ - Neoliberalismus in der Kritik

Vortrag und Diskussion

Referent: Werner Rätz, Politikwissenschaftler und Mitarbeiter bei attac, Bonn

Veranstalter: Arbeitskreis für entwicklungspolitische Bildung e. V. Remagen, Eine-Welt-Fairein Remagen und KEB

Fr./Sa., 19./20.11.04, Ebernburg / Bad Münster am Stein

Mitgliederversammlung und Jahrestagung „Wie im Süden so im Norden“ des Entwicklungspolitischen Landesnetzwerks ELAN e.V.

Infos: ELAN, Tel: (0 61 31) 9 72 08 - 67, E-Mail: elan-rlp@t-online.de

Dezember

Mo., 13.12.04, 20 h, St. Johannes Koblenz

Ökumene in Zeiten der Globalisierung

Referent: Siegfried Schmidt / Ökumenereferent des Bistums Trier

Veranstalter: Pfarrgemeinderat von St. Johannes

Infos: Herbert Böttcher, Tel.: 02 61 - 2 13 75

Die Terminhinweise auf der Homepage des Ökumenischen Netzes sind umfangreicher als die hier abgedruckten. Auch Sie können für Ihre Veranstaltungen dort werben. Einfach den Veranstaltungshinweis an das Netzbüro mailen!

oeekumenisches.netz@t-online.de

Termine überregional

Sa., 2.10.04, Berlin

Großdemonstration „Soziale Gerechtigkeit statt Hartz IV - Wir haben Alternativen“:

Infos: <http://www.attac.de/genug-fuer-alle>
Sa. 6.11.04, Nürnberg

Grossdemo: Gegen Sozialraub, Agenda 2010 und Hartz IV! Eine andere Welt ist möglich und nötig!

Auftakt: 12 Uhr, Lorenzkirche (der zentrale Platz in der Nürnberger Innenstadt, dann Demonstration zur Bundesagentur für Arbeit (Regensburger Str.), dort Abschlusskundgebung mit Konzert

Infos: www.sozialforum-westpfalz.de.tt

Voraussichtlich findet vom

14.-17.7.2005 in Erfurt das erste Sozialforum in Deutschland statt. Bitte vormerken!

(s. nebenstehende Einladung)“

Einladung zum Ersten Sozialforum in Deutschland

Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur

In Deutschland werden unter dem Begriff "Reformen" profitorientierte Interessen mit Maßnahmen durchgesetzt, die zu Lasten der Bevölkerung gehen." Diese Politik führt zu steigender Erwerbslosigkeit, Verarmung und dem finanziellen Kollaps der Kommunen, der Länder und des Bundes.

Dies ist ein weltweiter Prozess. Die neoliberale Globalisierung führt heute auch in den reichen Ländern zu Entwicklungen, unter denen die Menschen in der südlichen Erdhälfte schon seit Jahren – allerdings weitaus schlimmer – zu leiden haben. Dort wie hier zerstört sie die natürlichen Lebensgrundlagen dieser und kommender Generationen. Die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen wird zunehmend mit kriegerischen Mitteln betrieben. Während für das Kapital alle regulierenden Schranken fallen, werden, wie bei der "Festung Europa", die Mauern gegen den Zustrom von MigrantInnen und Flüchtlingen hochgezogen. Die sozialen Grundbedürfnisse werden durch Privatisierung öffentlicher Güter sowie der Daseinsvorsorge ausgehebelt. Im Namen der globalen Wettbewerbsfähigkeit und der Konkurrenz aller gegen alle werden Tausende Arbeitsplätze vernichtet. Soziale und demokratische Rechte werden abgebaut.

Die gesellschaftliche Unzufriedenheit wird immer größer. Das provoziert die Frage, welche Veränderungen notwendig sind, um die sozialen Grundbedürfnisse und natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen zu sichern, Frauen und Männern eine existenzsichernde und gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigung zu bieten, ihre Würde zu wahren und ihre demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten zu erweitern.

Immer weniger Menschen fühlen sich in ihren Anliegen vertreten. Wir müssen uns selber auf den Weg machen. Wir brauchen dafür ein zivilgesellschaftliches Forum, um uns über verschiedene soziale Milieus hinweg auszutauschen. Dort wollen wir Formen des Widerstands entwickeln und Widersprüche im Streben nach gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten und der Entwicklung von Alternativen überwinden. Dazu bedarf es eines gesellschaftlichen Dialogs in einem offenen Raum jenseits von Parteien und weltanschaulichen Abgrenzungen.

Dieser Dialog ist Teil eines weltweit wachsenden Prozesses. Im südbrasilianischen Porto Alegre fanden sich im Jahr 2001 erstmals Menschen aus aller Welt unter der Losung "Eine andere Welt ist möglich". Parallel zu ähnlichen kontinentalen Foren in Afrika und Asien traten 2002 in Florenz das Erste, 2003 in Paris das Zweite Europäische Sozialforum zusammen. In Deutschland gibt es Sozialforen in vielen Städten und Regionen.

Wir laden alle ein, die sich auf die Suche nach einer gerechten, friedlichen und ökologischen Gesellschaft machen wollen, sich am

Ersten Sozialforum in Deutschland im Juli 2005 in Erfurt

mit ihren eigenen Vorschlägen und Vorstellungen zu beteiligen und am Vorbereitungsprozess mitzuwirken.

Das Sozialforum in Deutschland ist Teil des Weltsozialforums und arbeitet auf der Grundlage der Charta von Porto Alegre. (Siehe Rückseite)

Anmeldungen für Seminare und Workshops sind ab Oktober 2004 auf der Homepage www.sozialforum2005.de möglich. Dort finden sich auch die Ansprechpartner für die vorbereitenden Arbeitsgruppen.

Unterstützer/innen:

Spendenkonto:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V., Kto.-Nr.: 200081390, Frankfurter Sparkasse 1822, BLZ 500 502 01

Verwendungszweck: Sozialforum 2005 (Aufgrund der Gemeinnützigkeit des Vereins können Spenden steuerlich abgesetzt werden.)

Charta von Porto Alegre

(Auszüge)

3. Das Weltsozialforum ist ein Weltprozess. Alle Versammlungen und Konferenzen, die als Teil dieses Prozesses abgehalten werden, haben eine internationale Dimension.
4. Die auf dem Weltsozialforum vorgeschlagenen Alternativen stehen in Opposition zu einem Prozess der Globalisierung, der befohlen wird von den großen multinationalen Konzernen und von den Regierungen und internationalen Institutionen, die den Interessen jener Konzerne zu Diensten sind, unter der Mittäterschaft nationaler Regierungen. Diese Alternativen sind so gestaltet, dass eine Globalisierung in Solidarität als vorherrschendes neues Stadium in der Weltgeschichte sicher gestellt wird. Dieses wird die allgemeinen Menschenrechte respektieren, die Rechte aller Bürger - Männer und Frauen - aller Nationen, die Umwelt, und sie wird gestützt sein auf demokratische, internationale Systeme und Institutionen im Dienste sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und der Selbstbestimmung der Völker.
5. Das Weltsozialforum bringt Organisationen und Bewegungen der Zivilgesellschaft aus allen Ländern in der Welt nur zusammen und verbindet sie, aber beabsichtigt nicht, eine Institution zu sein, welche die Weltzivilgesellschaft repräsentiert.
6. Die Treffen des Weltsozialforums beraten nicht im Namen des Weltsozialforums als einer Institution. Folglich wird niemand im Namen irgendwelcher der einzelnen Veranstaltungen des Forums autorisiert, Positionen auszudrücken, die behaupten, die aller seiner Teilnehmer zu sein. Die Teilnehmer des Forums werden nicht ersucht, Beschlüsse als Institution zu treffen, weder durch Wahl noch durch Zuruf, über Erklärungen oder Anträge für Aktionen, die alle oder die Mehrheit binden würden, die Vorschläge als etablierende Positionen des Forums als Institution anzunehmen. Folglich stellt es weder einen Ort der Macht dar, über den von den Teilnehmern auf dessen Treffen zu diskutieren wäre, noch beabsichtigt es, die einzige Option für die Wechselbeziehungen und Aktivitäten der Organisationen und Bewegungen, die an ihr teilnehmen, festzusetzen.
7. Nichtsdestotrotz muss Organisationen oder Gruppen von Organisationen, die an den Treffen des Forums teilnehmen, das Recht zugesichert werden, während solcher Treffen, Erklärungen oder Aktionen zu beratschlagen, über die sie, einzeln oder in der Koordination mit anderen Teilnehmern, beschließen können. Das Weltsozialforum beabsichtigt, solche Beschlüsse mit den ihm zur Verfügungen stehenden Verteilungsmitteln weiter zu verbreiten, ohne sie zu lenken, zu hierarchisieren, zu kritisieren oder einzuschränken, sondern als Ergebnisse der Organisationen oder der Gruppen von Organisationen, welche die Beschlüsse getroffen haben.
8. Das Weltsozialforum ist ein pluraler, breit gefächertes, nicht-konfessioneller, nichtstaatlicher und nicht-parteiischer Zusammenhang, der auf dezentralisierter Art und Weise die Organisationen und Bewegungen verknüpft, die durch konkrete Aktionen von der lokalen bis zur internationalen Ebene dabei mitwirken, eine andere Welt aufzubauen.
9. Das Weltsozialforum wird immer ein Forum sein, das offen ist für Pluralismus, Vielfältigkeit der Aktionen und Arten des Engagements der Organisationen und der Bewegungen, die sich entscheiden, an ihm teilzunehmen, sowie für Vielfalt der Geschlechter, der Ethnien, der Kulturen, der Generationen und der physischen Kapazitäten, vorausgesetzt sie halten sich an die Prinzipien dieser Charta. Weder Repräsentanten von Parteien noch militärische Organisationen können am Forum teilnehmen. Regierungsmitglieder und Staatsbeamte, die die Verpflichtungen dieser Charter annehmen, können als Einzelpersonlichkeiten eingeladen werden.
14. Das Weltsozialforum ist ein Prozess, der seine Teilnehmerorganisationen und -bewegungen anregt, ihre Tätigkeiten in die Zusammenhänge von lokalen bis nationalen Ebenen hinein zustellen, und aktive Teilnahme im internationalen Kontext zu suchen, als Anliegen einer planetarischen Staatsbürgerschaft, und in die globale Agenda ihre Veränderung hervorbringenden Praktiken, mit denen sie experimentieren, eine neue Welt in Solidarität aufzubauen, einzubringen.

**Das nächste Vorbereitungstreffen
für das erste Sozialforum in Deutschland
findet vom 8. bis 9. Januar 2005 in Frankfurt am Main statt**